

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug - Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto - Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend - Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 24. August 1932

Nummer 68

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 RM. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats ausgegebene Bestellungen.

Berufliche Fortbildung und Umschulung

Schlimmer als der Erwachsene, ja wohl am schlimmsten wird der jugendliche Arbeiter von der Wirtschaftskrise betroffen. Mit einem unbändigen Gefühl der Freiheit ließ er Schule und Lehre hinter sich, denn vor sich sah er sein großes Ideal, von dem er jahrelang träumte, unabhängig von Schule und Lehrern, die Möglichkeit, Geld zu verdienen und nun ein Leben nach eigener Art sich freiwillig gestalten zu können. Und jeder dritte Jugendliche wird nun in der Hochstimmung eines solchen Freiheitsgefühls arbeitslos; der Lehrbrief ward gerissen, aber einen Arbeitsvertrag gab es nicht an seiner Stelle. Nun ist er frei, und doch erst recht in Fesseln geschlossen.

Seit Jahren sind alle Stellen, von den Gewerkschaften bis zu den Behörden, bemüht, das traurige Los der Jugendlichen wenigstens zu erleichtern. Eine Fülle nun fast nicht mehr überschätzbarer Maßnahmen sind in die Wege geleitet worden, ohne bisher sichtbaren Ausdruck gefunden zu haben. Das Bestreben der Gewerkschaften zielt vor allen Dingen darauf, daß die Jugendlichen nicht nur vor dem Verhungern geschützt, sondern daß ihnen neue Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden. Denn das Schlimmste für den Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit, überhaupt wieder einmal in der nächsten Zeit Arbeit zu finden, zumal bei dem geringen Bedarf an Arbeitskräften aus sozialen Rücksichten doch nur immer der Verheiratete zu allererst wieder in den Betrieb hineinkommt. Das haben die Gewerkschaften rechtzeitig erkannt, und durch ihren Einfluß sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, um den Jugendlichen besser über diese Krisenzeiten hinwegzubringen.

Wir haben außer der sich immer mehr verschärfenden Arbeitsdienstplicht bereits eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen, die gerade jetzt, wo man die verschärfte Arbeitsdienstplicht als das alleinige Mittel preist, den Jugendlichen helfen zu können, mehr beachtet werden sollten. Das Gesetz über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung (hier immer kurz WAWG) enthält eine Reihe von zum Teil nicht unwichtigen Bestimmungen über die Förderung der Jugendlichen durch berufliche Fortbildung und durch Umschulung, die für manchen Jugendlichen eine bedeutende Erleichterung seiner augenblicklichen psychischen Situation, darüber hinaus aber von nicht unwesentlichem Vorteil für späterhin sein können.

Die eigentliche Aufgabe der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (hier wieder kurz Reichsanstalt bezeichnet) besteht in der Verringerung der Arbeitslosigkeit, die nicht nur durch direkte Vermittlungstätigkeit, sondern auch indirekt durch die Erhöhung der Vermittlungsfähigkeit eines Erwerbslosen erreicht werden kann. Für den letzteren Fall kommen hauptsächlich Jugendliche in Frage.

Erhaltung und Förderung der beruflichen Fertigkeiten liegt durchaus im Sinne arbeitsmarktpolitischer Zielsetzungen. Die beruflichen Bildungsmaßnahmen haben die Aufgabe, die Unterbringung der Arbeitslosen in Arbeit zu erleichtern, insbesondere Empfänger von Arbeitslosenunterstützung der Arbeitslosigkeit zu entziehen sowie die Arbeitsbereitschaft zu erproben, heißt es im § 137 des WAWG. Sie sollen vor allen Dingen dann angeleitet werden, wenn die Gefahr besteht, daß der Arbeitslose durch allzu lange Arbeitslosigkeit in die Gefahr gerät, seine beruflichen Fertigkeiten und Kenntnisse einzubüßen, was vor allen Dingen auf den gerade ausgeleiteten Jugendlichen in allererster Linie zutrifft. Wenn auch heute die Arbeitsämter für solche Zwecke immer weniger Mittel zur Verfügung haben, so sollte man doch bei Beurteilungen einzelner Jugendlichen zu beruflichen und allgemeinbildenden Berührungspunkten auf diese Bestimmungen hin-

weisen, um zumindestens eine Freistellung von der Stempelspflicht zu erreichen.

In später herausgegebenen Richtlinien und Ausführungsbestimmungen wurde in diesem Zusammenhang auch auf einen zufälligen Berufsschulunterricht hingewiesen. Die frühere preussische Regierung hat bereits im Vorjahr einen solchen zufälligen Berufsschulunterricht angeregt, der auf eine freiwillige berufliche Weiterbildung hinausläuft. Leider wurde die mit Erfolg getroffene Einrichtung von Schulkürzungen durch die schlechte finanzielle Lage nicht weiter ausgebaut. Wichtig für alle Jugendlichen aber ist heute noch, daß das Gesetz die Möglichkeit eines gewissen Zwanges zur Teilnahme an diesen beruflichen Fortbildungs- und Umschulungskursen vorsieht. Im § 92 dieses Gesetzes heißt es: „Wer sich ohne berechtigten Grund weigert, sich einer Berufsschulung oder Fortbildung zu unterziehen, die geeignet ist, ihm die Aufnahme von Arbeiten zu erleichtern, ohne daß ihm dadurch Kosten erwachsen, erhält für sechs Wochen keine Unterstützung.“ Heute wird der Jugendliche ganz besonders darauf zu achten haben, daß diese Bestimmung nur dann angesetzt wird, wenn es sich um wirkliche berufliche Fortbildung und nicht um irgenbeinen „staatsbürgerlichen Unterricht“ oder eine verpackte Arbeitsdienstplicht handelt. Einer rein beruflichen Weiterbildung und Umschulung wird sich der gewerkschaftliche Jugendliche kaum widersetzen.

Wichtiger als diese Maßnahmen sind die Bestimmungen über eine Berufsumschulung, zu denen von der Reichsanstalt Anlernzuschüsse erteilt werden können. Obwohl diese Maßnahmen zu einer Zeit ausgearbeitet wurden, als noch nicht in allen Zweigen der Wirtschaft eine solch verheerende Arbeitslosigkeit zu spüren war als heute, so haben sie doch heute und vor allen Dingen für die künftige Zeit eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Sie können nicht zuletzt von den Jugendlichen in Anspruch genommen werden, wenn sie damit eine gewisse Korrektur einer einseitig oberflächlich vorgenommenen Berufsauflese erreichen wollen.

Die grundsätzliche Bestimmung über solche Maßnahmen ist im § 136 des WAWG niedergelegt, wo es heißt: „Haben Empfänger von Arbeitslosenunterstützung eine Arbeitsstelle angenommen, in der sie vollen Verdienst erst erreichen können, wenn sie die erforderliche Fertigkeit erlangt haben, so kann ihnen der Vorliegende des Arbeitsamtes aus Mitteln der Reichsanstalt bis zur Dauer von acht Wochen einen Zuschuß zum Arbeitsentgelt gewähren.“ In einer Reihe von später herausgegebenen Richtlinien ist die Bewilligung solcher Anlernzuschüsse noch näher festgelegt worden. Der Jugendliche, der die Möglichkeiten einer Umschulung hat, setzt sich am besten zunächst mit seiner Gewerkschaft in Verbindung, die ihn dann mit den Einzelheiten der letzten Bestimmungen vertraut machen kann.

Da durch obige Maßnahmen nur eine Umschulung für weniger qualifizierte Berufe in Frage kommt, so steht auch daselbe Gesetz in Besonderen Bestimmungen die Möglichkeiten einer Umschulung für höher qualifizierte Berufe vor. Neben der bereits erwähnten Bewilligung von Anlernzuschüssen können auch Umschulungskurse von den Arbeitsämtern eingerichtet werden, die aus Mitteln der Reichsanstalt finanziert und unterstützt werden. Es kann ferner auch Schulgeld für solche Kurse vergütet werden. Erteilt aber wird eine solche Unterstützung nur dann, wenn eine Entlastung des Arbeitsmarktes damit verbunden ist. Bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit, die heute auf fast allen Gebieten der Wirtschaft anzutreffen ist, sind die Ausführungen solcher Bestimmungen naturgemäß sehr beschränkt. Sie haben aber neuerdings wieder größere Bedeutung gefunden bei Siedlungsversuchen von Erwerbslosen, da ja der Siedlerberuf schließlich ohne berufliche Vorkenntnisse nicht ausübt werden kann. Auch ist in der Landwirtschaft durch die Tausende von polnischen Wanderarbeitern, die heute noch in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt sind, ein gewisses Reservoir vorhanden.

Selbstverständlich können im Rahmen eines solchen Auftrages die gesetzlichen Möglichkeiten und Bestimmungen über eine berufliche Fortbildung und Umschulung nur angebeutet werden. Hier kam es vor allen Dingen darauf an, einmal ganz allgemeinen einen Überblick über solche Maßnahmen zu geben. Die Gliederung der Reichsanstalt in Landesarbeitsämter und Arbeitsämter läßt gerade im Rahmen der einzelnen Bestimmungen eine oft nur lokal mögliche Regelung der angebeuteten Maßnahmen zu. Der freiwillige Arbeitsdienst wird heute oft als das einzig mögliche Mittel, als die einzige Hilfe für arbeitslose

Jugendliche angesehen. Es ist darum wertvoll, einmal zu wissen, daß auch noch außerhalb dieser Einrichtung andre Möglichkeiten auf gesellschaftlichem Wege erstrebt werden können. Auch der Arbeitsdienst erfordert Zuschüsse. Sollte man da nicht lieber Zuschüsse dort erteilen, wo sie zweckmäßiger und für den Jugendlichen erfolgreicher sind?

Da es noch eine Reihe von Sonderbestimmungen für die einzelnen Landesarbeitsämter gibt, wird in jedem Fall der Rat und Hilfe jugendliche Mitglieder die Beratung seiner Gewerkschaft oder des Arbeitersekretariats in Anspruch nehmen müssen, ehe er die für seine Fort- und Umbildung notwendigen Schritte unternimmt. Wf.

Das Genossenschaftswesen

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeitererschaft. Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollwertige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitnehmern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die betriebswirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzerlöse durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsbedeutungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltungsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

Jeder Gewerkschafter sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein. Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Berlin, den 16. August 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Die „Volksfürsorge“

Im Streben nach wirtschaftlicher Befreiung des Volkes sind die Eigenunternehmungen der Werktätigen wichtige Faktoren. Sie haben einflußreiche Stellungen in der Gesamtwirtschaft erreicht, was nicht zuletzt auf die wachsende Erkenntnis von der Bedeutung dieser Bestrebungen zurückzuführen ist. Die Eigenunternehmungen befriedigen heute in ihrer Gesamtheit schon viele, auch die persönlichsten Bedürfnisse der Arbeitererschaft. So ist zum Beispiel der „Volksfürsorge“ die Aufgabe zugewiesen worden, das auch in werktätigen Kreisen vorhandene Bedürfnis nach privaten Versicherungen, speziell nach Lebensversicherungen, zu befriedigen. Das ist ihr in hohem Maße gelungen. Es fehlt selbstverständlich auch der „Volksfürsorge“ nicht an Anfeindungen aus den Kreisen, die der Arbeitererschaft und ihrem Streben nicht gut gelonnen sind. Sie sehen über die Volksfürsorge Gerüchte in Umlauf, die das Vertrauen zu ihr erschüttern sollen. So wird zum Beispiel hier und da erzählt, die „Volksfürsorge“ mache bald „Meite“. Selbstverständlich ist das Gegenteil davon richtig.

Die „Volksfürsorge“ fördert ihren ureigensten Aufgaben gemäß durch ihre Kapitalvergebung besonders die Bau-tätigkeit mit ihrer wirtschaftsbelebenden Wirkung. Das ist heute sehr wichtig, und wir müssen alle bestrebt sein, hierin nicht nachzulassen. Die Höhe der laufend anzulegenden Kapitalien, die als erstfällige Hypotheken, größte Sicherheit für das Eigentum der Versicherten verbürgen, wird bestimmt durch die Beitragszahlungen der Versicherer

ten und die Einnahmen aus Zinsen und Kapitalerträgen. Diese sind auch heute noch sehr hoch, weil der weitaus größte Teil der Versicherten, der erkannt hat, daß Versicherungs-schutz notwendiger denn je ist, trotz der finanziellen Nöte sich um die Aufrechterhaltung der Versicherung bemüht.

Es ist angebracht, bei dieser Gelegenheit einiges über Rückläufe von Lebensversicherungen, die mitunter von den Versicherten in Erwägung gezogen werden, zu sagen, zumal darüber nach unserer Beobachtung sehr große Unklarheit auch bei unsern Kollegen besteht.

Die Versicherten sind vielfach der Ansicht, daß sie an die Gesellschaft gezahlten Prämien beim Rücklauf, also bei der Kündigung, voll zurückhalten müssen, da die „Voll-sfürsorge“ für sie ja nichts gefordert habe. Das ist aber durchaus irrig und kann zu unangenehmen Enttäuschungen führen. Die Lebensversicherung in ihrer Eigenart kann nicht verglichen werden mit einer Sparkasse, sondern nur mit Einrichtungen, bei denen das Risiko eine wesentliche Rolle spielt, zum Beispiel mit der Feuer-, Kranken-, Unfall-versicherung usw. Es wird aber niemand auf den Gedanken kommen, bei diesen Einrichtungen seine eingezahlten Beiträge zurückzuverlangen, weil es zum Beispiel „bei ihm nicht gebrannt hat“, er „nicht krank war“ oder „keinen Unfall erlitt“. Jeder weiß, daß die Beiträge verbraucht wurden, um zum Beispiel die insgesamt bei den andern entstandenen Feuereschäden zu decken. Bei der Lebensversicherung ist natürlich auch ein Risiko vorhanden, das die Gesamtheit der Versicherten mit einem Teil ihrer Prämien decken muß, und zwar sind es die vor dem normalen Ablauf der Versicherung eintretenden Auszahlungen für Sterbefälle. In diesen Fällen ist die „Vollfürsorge“ gemäß den Versicherungsbedingungen verpflichtet, die vertragsmäßige Versicherungssumme voll auszuzahlen (bei Unfalltot oft doppelt), ganz gleich, wieviel Prämien dazu entrichtet worden sind. Das ist ja auch der besondere Vorteil, den die Lebensversicherung gegenüber einer Sparkasse hat, der Versicherten von Sparen unterscheidet.

Der restliche, weit größere Teil der Beiträge wird ange-lammet und bildet mit der Verzinsung die sogenannte Prämienreserve, die die Auszahlung der vollen Versicherungs-summen nach Ablauf der Versicherungsdauer garanti-ert. Und dieser Teil kann folglich bei einem Rücklauf nur erstattet werden, nachdem noch die entstandenen Unkosten in Abzug gebracht worden sind. Es darf sich aber niemand verleiten lassen, seine Versicherung aufzukündigen, weil die dabei entstehenden Schäden so leicht nicht zu ersetzen sind. Die „Vollfürsorge“ hat Vorkehrungen getroffen, daß bei wirk-licher Zahlungsbehinderung der Versicherungsschutz — natürlich in beschränktem Umfang — erhalten bleibt.

Darüber erteilen die Rechnungsstellen und Vertrauens-leute Auskunft. Der Rücklauf ist voller Verlust des Ver-sicherungsschutzes und trifft jeden Versicherungsnehmer hart. Dazu kommt zwangsläufig noch die finanzielle Einbu-ße. Die „Vollfürsorge“ kann deshalb von Rücklauf nur abraten. Mancher Rücklauf wurde schon bereut, weil kurz danach ein Todesfall eintrat.

Die Versicherten der „Vollfürsorge“ und die werktätige Bevölkerung können davon überzeugt sein, daß die „Voll-sfürsorge“ sich bei dieser Empfehlung nicht der Auffassung leiten läßt, dem Volk belügend zu dienen. Denn für sie gilt der Grundsatz: „Vertrauen gegen Vertrauen.“

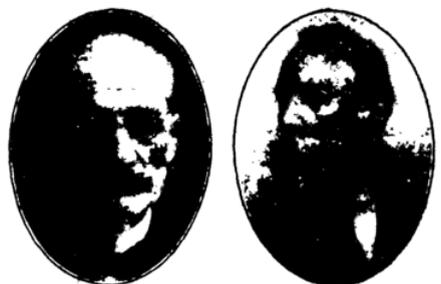
Die „Vollfürsorge“ arbeitet rastlos, um alle Werk-tätigen zu erfassen und das vorhandene Versicherungs-behürfnis zu decken. Die Nöte der Gegenwart sind wies-seitig und schwer, aber man darf darüber nicht die mögliche und erreichbare Sicherung der Zukunft vergessen. Darum sollte sich im Vertrauen zur „Vollfürsorge“ niemand betören lassen, ganz gleich, von welcher Seite es zu zer-brechen versucht wird.

Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaften

Die im Jahre 1924 begonnene neue Wirtschaftsperiode der Konsumgenossenschaften zeigte von 1925 bis 1930 einen ununterbrochenen starken Aufstieg. Zwar ging die Mit-gliederzahl des Zentralverbandes deutscher Konsumver-eine von 3 382 011 Mitgliederfamilien auf 2 940 308 zurück (im wesentlichen infolge des Ausflusses von nichttausen-den Mitgliedern), aber der Warenumsatz, der das Rückgrat auch der genossenschaftlichen Unternehmungen bildet, stieg in feister Kurve von 616,2 Mill. M. auf 1240,3 Mill. M. Dies charakteristische Merkmal einer ungehemmten Auf-wärtsbewegung wurde zum ersten Male durch die Ent-wicklung des Jahres 1931 unterbrochen. Zwar zeigt die Zahl von 2 979 210 Mitgliederfamilien gegen 2 940 308 im Jahre 1930 wieder eine erfreuliche Zunahme, aber der Umsatz von rund 1100,2 Mill. M. gegenüber dem Jahre 1930 mit 1240,3 Mill. M. bedeutet Rückgang um 80,1 Mil-lionen Mark. Ein Umschlag, der wertmäßig durch die Senkung der Warenpreise seine einfache Erklärung findet. Mengennmäßig ist sogar eine Zunahme des Waren-umsatzes zu berechnen. Dem Sinken der Warenpreise ent-spricht aber auch das Sinken der Kaufkraft der Mitglieder; eine Entwicklung, die sich bei gleichbleibenden Unkosten für die Wirtschaftlichkeit auch der konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen in fühlbarer Weise unangenehm bemerk-bar macht.

Von besonderer Bedeutung bei der konsumgenossenschaft-lichen Warenversorgung ist immer die Wertsumme der im eigenen Betriebe erzeugten Gütermengen. Sie betrug im Berichtsjahre 1931 rund 317,6 Mill. M. gegen rund 342,4 Mill. M. im Jahre zuvor. Es ergibt sich daraus, daß weit mehr als ein Viertel des Warenumsatzes aus eigener Produktion stammt, was eine starke Grundlage der Kon-sumgenossenschaften bildet und von wichtiger volkswirt-schaftlicher Bedeutung ist: Regelung der Produktion auf

50 Jahre Verbandsmitglied



Bedar Windisch in Essen, Eingetretten: 13. August 1882, Jetzt Invalide; Gustav Kopbach in Plauen i. V., Eingetretten: 22. August 1882, Jetzt Invalide



der Grundlage der Bedarfsbedeckungswirtschaft. Es wird nicht ins Blaue hinein produziert, sondern nur soviel, als Bedarf vorhanden ist. Zu den 317,6 Mill. M. Eigenpro-duction im Zentralverband sind aber auch noch die von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bezogenen Waren aus deren Eigenbetrieben zu rechnen, deren Wert im Jahre 1931 rund 145,3 Mill. M. (1930: 137,6 Mill. M., 1925: 35,3 Mill. M.) betrug, welche im Gesamtwarenumsatz der Konsumgenossenschaften enthalten sind. Die in den konsumgenossenschaftlichen Eigenbetrieben erzeugten Güter betragen mithin 317,6 plus 145,3 Mill. M., zusammen 462,9 Mill. M. Woraus sich ergibt, daß rund 35 Proz. des Warenumsatzes der eignen Gütererstellung entfallen. Ein charakteristisches und zugleich erfreuliches Bild der Entwicklung ist darin zu erblicken, daß die Eigenproduktion der Großeinkaufsgesellschaft trotz Rück-gang des Warenumsatzes bei den Konsumgenossenschaften noch um 7,7 Mill. M. gestiegen ist.

Der kleinerer Anteil einschließliche Rabatthaben der Mit-glieder betrug im Jahre 1931 rund 65 Mill. M. bei rund 70,2 Mill. M. Mitgliedsbeiträgen (Betriebskapital) der Mitglieder; im Jahre 1930. rund 63,7 Mill. M. bei 64,6 Mill. M. Die Wirtschaftlichkeit der konsumgenossenschaftlichen Unternehmungsform im ganzen ist zwar gegen-über dem Vorjahr um 15,2 Mill. M. gesunken, aber nach kapitalistischer Dividendenbegriffen noch durchaus annehm-bar. Wobei indes nicht verschwiegen zu werden braucht, daß da und dort infolge der Zusammenbrüche der Privat-banken im zweiten Halbjahr 1931, welche eine allgemeine Vertrauenskrise herbeiführten, finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden sind, die zu der Forderung der Rück-erstattung von 12 Mill. M. Sonderumlagen führten.

Die Zahl der in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes beschäftigten Personen betrug 1931: 55 592 (1930: 57 463, 1925: 37 318). Von dem grausamen Übel der Arbeitslosigkeit sind also bei den Konsum-genossenschaften 1871 Personen betroffen worden, oder 3,5 Proz. — ein Verhältnis, das für die Privatwirtschaft im ganzen Reich als erträglich bezeichnet werden könnte. Würde die Privatwirtschaft nach den gleichen wirtschaft-lichen und sozialen Grundbegriffen und zugleich im gesamten mit der gleichen Gewissenhaftigkeit geführt werden, dann würde das Unheil der Arbeitslosigkeit nicht Millionen Opfer an Existenzen kosten.

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit

Auf Anregung des Reichswirtschaftsministeriums und des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vere-ine wurde im Juni 1921 das Reichskuratorium für Wirt-schaftlichkeit (RKW) mit dem Sitz in Berlin gegründet. Es handelt sich dabei um einen aus staatlichen Mitteln dotierten, aus der Wirtschaft herausgewachsenen freien Selbstverwaltungskörper, dessen Vorstand Vertreter der verschiedenen Wirtschaftszweige sowie der Unternehmer und Arbeiter angehören. Das RKW. bezieht unter Aus-schluß von Erwerbs- und politischen Zwecken die Hebung der Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten der Wirtschaft durch Förderung der Rationalisierung in Form der Er-zaffung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung bieten. Diese Aufgabenbestimmung schließt gleichzeitig ein die Förderung einer kontrollieren-den und vorbeugenden Tätigkeit zur Vermeidung von Fehlmassnahmen. Die unmittelbare Bearbeitung der Rationalisierungsaufgaben erfolgt in Form der Gemein-schaftsarbeit unter Mitwirkung der Spitzenverbände der Wirtschaft, der Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisa-tionen, der Fachverbände, der Wissenschaft und der Be-hörden durch die dem RKW. angegliederten oder ihm nahestehenden Ausschüsse und Körperschaften oder auch durch besonders gebildete Gremien oder einzelne Persön-lichkeiten.

Der uns kürzlich zugegangene Jahresbericht des RKW. über 1931 ist ganz auf den Gedanken der von

diesem gemeinnützigen Institut betriebenen Gemein-schaftsarbeit abgestellt. Der Bericht zeigt an Hand der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und auf Grund der Äußerungen führender Männer der Wirtschaft des In- und Auslandes, daß diese Gemeinschaftsarbeit auf allen Gebieten der technischen, kaufmännischen, volkswirt-schaftlichen und weltwirtschaftlichen Rationalisierung heute notwendiger denn je ist. Die Aufgabe des RKW. ist es dabei, in völlig neutraler Weise eine Vermittlung zwischen den beteiligten Kreisen herzustellen, die Gemeinschafts-arbeit in Gang zu setzen, die Wirtschaft mit den Ergebnissen dieser Arbeiten vertraut zu machen und schließlich dadurch den Sinn für die Weiterentwicklung der Gemeinschafts-arbeit zu wecken.

Im Berichtsjahr konnte die Gemeinschaftsarbeit mit den an den Rationalisierungsarbeiten beteiligten Ausschüssen und Körperschaften aufrecht erhalten, die wichtigsten Auf-gaben auf den Gebieten der Vereinlichung, Fertigung, Verwaltung, Verteilung, Handwerk, Hauswirtschaft, Wärmewirtschaft usw. fortgeführt und neue Arbeiten in Angriff genommen werden. Im besonderen ist hier erwähnt, daß im Mai 1931 durch Vertreter von Unternehmern, Ar-beitern, Behörden und Wissenschaft die „Arbeits-gemeinschaft Mensch und Rationalisie-rung“ geschaffen worden ist. Unter Auswertung einer vorher abgehaltenen Diskussionskonferenz über das Thema „Mensch und Rationalisierung“ wurde von dieser Arbeits-gemeinschaft ein konkreter Arbeitsplan für die Behand-lung des weiterverzweigten Tätigkeitsfeldes aufgestellt. Drei große Gebiete, denen sich die Arbeiterschaft nicht verschließen kann, kommen in Betracht: 1. Rationalisierung und Arbeitslosigkeit (gestützt auf Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung), 2. Berufseignung, einschließliche Eignungsfeststellung, und 3. psychologische und physiologische Auswirkungen der Rationalisierung auf den Menschen. Auf dem Gebiet der Berufseignung laufen zur Zeit eingehende Untersuchungen an Ort und Stelle über die Auswirkungen der Eignungsfeststellungen im Zu-sammenhang mit der Frage der Qualitätsarbeit. Zum Problem des Siedlungswezens wurden vor allem die Fragen der Auswahl und der Schulung der Siedler be-handelt. Die vom RKW. für die Auswahl von Siedlern für die vorstädtische Kleinwohnung zusammengestellten Vorschläge sind für die Arbeit der mit dem Reichs-kommisariat für die vorstädtische Kleinwohnung arbeitenden Stellen Berücksichtigung.

Auf dem Gebiet der internationalen Rationalisierungs-bewegung sind vor allem ein gewisser Abschluß der Arbeiten für ein einheitliches internationales Paßsystem sowie die zweite Internationale Diskussionskonferenz des Inter-nationalen Rationalisierungsinstituts in Genf heranzu-heben. Auf dieser Konferenz, an der über 200 Vertreter aus 17 Ländern beteiligt waren, standen der Erfahrungs-austausch als zeitgemäße Arbeitsform und das „Für und Wider der Rationalisierung“ zur Erörterung. Gerade im Erfahrungsaustausch erblickten die Teilnehmer an der Konferenz eines der wirksamsten Mittel, um die Ratio-nalisierungsbewegung aus der Spätre theoretischer Er-örterungen zur praktischen Verwirklichung im Alltagsleben der Betriebe zu führen. Von deutscher Seite wurde ganz besonders auf die beherrschende Stellung des Menschen als des Subjektes der Rationalisierung hingewiesen. Im übrigen schloß die Konferenz mit einer Befassung des Gedankens richtig verstandener Rationalisierung, die sich nicht im Rahmen des Technisch-Kommerziellen erschöpfen dürfe, sondern die großen volkswirtschaftlichen und welt-wirtschaftlichen Aufgaben in ihren Wirkungsbereich ein-beziehen müsse.

So gesehen, muß sich die Gemeinschaftsarbeit nach zwei Seiten hin entwickeln: einmal nach der Weite und Breite der vielen Fachaufgaben in analytischer Zergliederung und Verfeinerung, sodann aber in Richtung einer Erweiterung der Aufgabekreise zu den höheren Stufen der Rationali-sierung und der wirtschaftlichen Zusammenhänge mit dem Endziel einer weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Neben den hier erwähnten Arbeitsgebieten werden vom RKW. durch seine Fachausschüsse spezielle branchenmäßige Betriebsuntersuchungen durchgeführt, die auf Hebung der Wirtschaftlichkeit ganzer Wirtschaftszweige abzielen. Die bisherigen Untersuchungen erstreckten sich außer ver-schiedenen andern Branchen auf die Papierindustrie und auf das Ver-vielfältigungsgewerbe. Die Technik der Untersuchung vollzieht sich in der Form ein-gehender Aussprachen in den Betrieben selbst mit münd-licher Befragung sowie an Hand besonders ausgearbeiteter Fragebogen auf der Grundlage vorhandener Belege und buchhalterischen und statistischen Zahlenmaterials. Das wichtigste ist die Aufstellung des Untersuchungsplanes, der bereits alle Möglichkeiten der Materialsammlung und Auswertung berücksichtigen muß. Die Untersuchungsergeb-nisse werden in einem Schlussbericht des RKW. in neutraler und vertraulicher Form niedergelegt, der mit dem Ver-bande an Hand eines Vorberichts abgestimmt und ihm zur Verfügung gestellt wird. Der Bericht enthält außerdem Vorschläge für zu treffende Umstellungsmaßnahmen, die auf dem Wege der Gemeinschaftsarbeit der ganzen Branche zugute kommen sollen. Mit der Übergabe des Berichtes ist die ermittelnde Tätigkeit des RKW. abgeschlossen. Aufgabe des Verbandes und der Firmen ist es dann, sich die Vor-teile aus der Untersuchung zu eigen zu machen.

Dank des starken Interesses, das die gelegendenden Körper-schaften bisher an den Arbeiten des RKW. bekun-deten, hofft das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, sich auch im neuen Geschäftsjahre 1932/33 der Gesamtwirtschaft durch Förderung der Gemeinschaftsarbeit nützlich erweisen zu können.

Korrespondenzen

Barnten. Mit einem Bekenntnis zur „Eisernen Front“ klang unsere Versammlung am 22. Juli aus. Der Vorsitzende Bellingrat verlas nach der Begrüßung ein Dankschreiben des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter für die bewiesene Solidarisität der Buchdrucker im Kampfe dieser Organisation. Ferner wurde ein weiteres Schreiben des Gauvorstandes zur Kenntnis der Kollegenschaft gebracht. Besondere Beachtung fand das Kundschreiben des Verbandes Nr. 29. Die Solidarität der Mitglieder des Verbandes gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise, die in der angegebenen Endsumme von 23,6 Mill. M. für die Jahre 1930/31 in grandioser Weise zum Ausdruck kommt, mußte auch den sich in größter Opposition gegenüber unserer Organisation befindlichen Kollegen von dem hohen ethischen Wert unserer Organisation überzeugen. Es ist deshalb nur allzu verständlich, daß sich die Mitgliedschaft Barnten in Erkenntnis dieser Tatsache nicht herabsetzt für „neue Wege“, die kommunikativen oder KPD-Tendenzen sehr ähnlich seien. Die Versammlung lehnte es deshalb einstimmig ab, einer Einladung des Düsseldorf-Berzirks an die Bezirksvorsitzenden des Gauwes, unter Ausschaltung des Gauvorstandes, Folge zu leisten. Die Mitgliedschaft Barnten hat das Vertrauen zu ihren selbstgewählten Führern nicht verloren und gibt nur diesen das Recht zu beratigen Einladungen. Nach langem Zögern hat sich der Ortsverein Barnten nun doch entschlossen, trotz aller Not in diesem Jahr ein Johannisfest zu feiern. Kollege Wintler hat sich am 20. Juli auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Reich und Preußen zu sprechen. Die von den Nazis isolierte Politik der Reichsregierung unterzog er einer scharfen Kritik und forderte die Kollegenschaft auf, sich gegen die Abwälzung der Lasten auf die schwächsten Schultern zu wehren und ebenso einzutreten für die Erhaltung der Einrichtungen der Arbeiterkassen. Die Eiserner Front sei ein Bollwerk gegen den Faschismus. In einer lebhaften Diskussion kam der unerschütterliche Wille zum Kampf gegen den Faschismus zum Ausdruck. Kollege Bellingrat dankte besonders allen denen, die sich der Hammerkassette der Buchdrucker angeschlossen haben, und bat diejenigen, die noch abseits stehen, sich einzureihen in die Einheitsfront. Mit einem kräftigen „Freiheit“ und einem Hoch auf den Verband wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Siegen. (Maschinenseher.) Unsere am 17. Juli hier abgehaltene Bezirksversammlung hatte, wohl infolge der Wahlbewegung, nicht den sonst gewohnten Besuch aufzuweisen. Insgesamt waren aus fünf Bezirksorten 22 Kollegen erschienen sowie der Vorsitzende unserer Gauvereinigung, Kollege S. Klein (Stranfurt a. M.). Vorherrscher in der Versammlung waren die Teilnehmer aus dem unteren Bereich der Versammlungsteilnehmer. Unter „Gesellschaftlichen“ kam ein Dankschreiben der Offenbacher Bezirksvereinigung, die in diesem Jahr ihr 25jähriges Bestehen feiern konnte, zur Besprechung. In der Hauptsache über die kürzlich in Muffenhausen abgehaltene Wanderversammlung wurde von verschiedenen Kollegen scharf kritisiert, daß man dort nicht zu den wesentlichen Maschinenseherfragen Stellung genommen habe. Kollege Kleins Bericht über die Mantelkassettensprachen. Er hatte, obwohl bereits ausführlich im „Vorw.“ darüber zu lesen war, noch vieles dazu zu sagen. Anschließend kam er auf die Weltwirtschaftskrise zu sprechen, wobei auch die politische Lage in Deutschland Erörterung fand. Die anschließende Aussprache ergab Übereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten. Hieraus entwickelte der Vorsitzende das geplante Programm für unser auf den 8. Oktober d. J. festgesetztes 25jähriges Stützungsfest. Er führte aus, daß man in dieser Notzeit keine großen Feste abhalten kann, doch sollten wir es uns nicht nehmen lassen, diesen Tag würdig zu begehen und Mühsal zu halten auf das vergangene Vierteljahrhundert. Die Versammlung stimmte seinen Ausführungen zu; zur Mitarbeit an den erforderlichen Vorbereitungen wurden noch zwei Kollegen hinzugezogen. Dem Kassierer, Kollegen Eenz, wurde nach Erstattung des Kassenerichts entsprechend Entlastung erteilt. Es wurde noch angeregt, solchen Kollegen, die Kasse haben, keine Fahrgebuhrunterstützung zu gewähren; dem soll für die Zukunft entprochen werden.

Halle a. d. S. Unsere Versammlung fand am 15. Juli im „Volkspark“ statt. Nach Verlesung der Tagesordnung erörtere die Versammlung den durch Tod von uns gerufenen Gauverwalter Max Gabriel in üblicher Weise. Kollege Riebenzahl gab sodann bekannt, daß die Bezirksversammlung am 28. August in Halle stattfindet. Ihr geht am Vormittag eine Besichtigung des Botanischen Gartens voraus. Anschließend an die Versammlung findet ein gemittelttes Beisammensein statt. Ferner stimmte die Versammlung der Ergänzung des Erwerbslosenausschusses durch Kollegen Riebenzahl zu. Der Vorsitzende ermahnte um das Tragen des Eisernen-Front-Abzeichens, das für Erwerbslose gratis abgegeben werden soll. Kollege Clitzsch sah sich veranlaßt, der Versammlung eine Beschwerde vorzubringen, weil es in der Funktionärerversammlung abgelehnt wurde, den Bericht von dem Erwerbslosenausschuß entgegenzunehmen. Kollege Riebenzahl hat sich bemüht, ihn dahin, daß ein solcher Bericht wohl die Erwerbslosen mehr interessieren würde als die in Arbeit stehenden Kollegen. Alsdann referierte Landtagsabgeordneter Max Müller über das Thema: „Die Reichstagswahlen und die freien Gewerkschaften.“ Seinen Vortrag leitete er ein mit den Vorgängen beim Sturz der Regierung Brüning und ging dann über zu den Maßnahmen der Papenregierung. Zum Schluß forderte der Referent auf zum Zusammenfluß der gesamten Arbeiterklasse in einer geeinigten Einheitsfront zum Kampf gegen den Faschismus. In der Diskussion führte Kollege Riebenzahl aus, daß die KPD die Einheitsfront der Arbeiterklasse ebenfalls herbeiführe zum Kampf gegen den Faschismus. Auch Kollege Herz, der erst kurz vor Schluß des Referats erschien und sich offenbar durch die Hofame von Zericho hatte etwas einträufeln lassen, mußte anfänglich gar nicht, was er eigentlich wollte. Durch einen ihrer Redeschwall in eine eigentliche Thema geraten, sprach er abwesend, unter Anführung von allen Kamellen, einmal für Einheitsfront, das andre Mal wieder gegen diese. In seinem Schlusswort prägte der Referent an Hand von im Landtagsprotokoll festgelegten Tatsachen den beiden Oppositionsrednern ein, daß, wie beide Redner nicht richtig klar reden, selbst hervorragende

Führer der KPD, traffe Gegensätze in ihren Äußerungen erkennen ließen. Der Referent begrüßte aber dennoch, daß eine Vernunftdämmerung bei der KPD, jetzt eintritt, und wünschte deshalb der Einheitsfront der Arbeiterkassen einen Erfolg zum Wohle der Allgemeinheit. Unter reichem Beifall schloß der Referent. Große Entzückung rief die Mitteilung des Vorsitzenden hervor, wonach die Nazis jenseits in Stärke von einigen hundert Mann das Gewerkschaftshaus füllen wollten. Obwohl der überfall bereits abgelehnt war (auf unserer Seite waren vier Reichsverteiler, bei den Nazis zwei Berlekte), zog nach Schluß der Versammlung ein großer Teil der Kollegen nach dem Gewerkschaftshaus, um die Sicherung mit zu übernehmen, da mit einem weiteren Überfall gerechnet werden mußte. Das war jedenfalls wichtiger, als sich mit den verdorrten und hilflosen „Reben“ der beiden Diskussionsredner zu beschäftigen.

Kolberg. (Maschinenseher.) Zu unserer Bezirksversammlung am 17. Juli waren 28 Kollegen erschienen. Als Vertreter der Zentralkommission war Kollege Rörber (Berlin) anwesend. Auch der Vertreter der Typographen-Gesamtschweizer, Herr Krahnmann, weckte unter uns. Kollege Kreitzler (Kolberg) eröffnete die Versammlung mit einem Gruß an die Eisenriemen und einem Situationsbericht. Dann referierte Kollege Rörber über das Thema „Wohin der Weg?“ In seiner interessanten Art führte uns dieser die heutige politische und wirtschaftliche Lage, besonders in unserem Gewerbe, vor Augen. Der Beifall am Schluß bewies, daß alle Anwesenden der heutigen Lage volles Verständnis entgegenbrachten. Anschließend folgte ein Referat des Kollegen Kreitzler über die „Vorteile und Nachteile der elektrischen Schreibmaschinenbesetzung“. Auch dieses Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Um 12 1/2 Uhr wurde die Versammlung mit der Mahnung zum festem Zusammenhalten geschlossen. Eine gemeinsame Mittagstafel folgte. Die Reichsboten und das Mittagessen wurden aus der Bezirkskasse bezahlt. Es folgte nun noch ein zwangloses Beisammensein. Nur zu bald schloß für die auswärtigen Kollegen die Verschiedenstunde.

Ludwigshafen a. Rh. Unsere Versammlung am 16. Juli war trotz ihrer Wichtigkeit sehr mäßig besucht. Zunächst wurden drei Mitglieder wegen Reisen ausgeschieden. Der Hauptpunkt bildete der Bericht vom außerordentlichen Gantag des Gauwes Mittelrhein in Mannheim, der von Kollegen Süß in sachlicher Weise erstattet wurde. Eine kleine Einleitung vorausschickend, brachte er die Wünsche der Wiesbadener, Mainz und Darmstädter Delegierten zum Ausdruck, die sich keine Verschlechterung auf Tarif- und Lohngebiet mehr gefallen lassen wollten. Das Referat unseres Verbandsvorsitzenden Kraus, das sehr sachlich und trefflich war, wurde einer besonders Kritik unterzogen und fand die Zustimmung der Delegierten. Kollege Süß gab dann die sehr zahlreich gestellten Anträge und die gefassten Beschlüsse bekannt und gab am Schluß seiner persönlichen Meinung dahingehend Ausdruck, daß der außerordentliche Gantag ihm nicht befriedigte. Das Vertrauen zu unserm Gau- und Verbandsangestellten müsse gestärkt werden. Die Aufmerksamkeiten der Kollegen während der Reichsfeierlichkeiten, sowie der Anteil an den Referaten. Die Diskussion hierüber wurde wenig in Anspruch genommen. Kollege Michel betonte dabei, daß gerade die Kollegen, die für einen Gantag gestimmt haben, wenig Interesse daran hätten, sonst wären diese zahlreicher anwesend gewesen. Unter „Verschiedenes“ kam Kollege Michel auf einen Artikel „SPD. sühnt Naziterror“ in der „Arbeiterzeitung“ zu sprechen und verwarnte sich hiergegen. Es wurden dann noch drückliche unliebsame Angelegenheiten erörtert. Kollege Geiger gab dabei die im vergangenen Jahr ausgehagelten Unterstellungen des Verbandes bekannt, die sich auf 23 Mill. M. belaufen, und betonte die Notwendigkeit pünktlicher Beitragsleistung.

Allgemeine Rundschau

Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. Nach dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommenen Statistik über den Arbeitslosenstand Ende Juli 1932 (herausgegeben am 15. Juli) ergab sich für das graphische Gewerbe folgendes Bild:

Verbände und Berufsgruppen	Arbeitslose am Ende des Monats		Auszubildete am Ende des Monats	
	Juli 1931	Juli 1932	Juli 1931	Juli 1932
Buchdrucker	26,5	36,2	6,8	14,4
Lithographen u. Steindrucker	29,9	44,9	18,1	20,2
Graphische Hilfsarbeiter	28,0	35,3	10,5	16,8
Buchbinder	29,9	45,9	30,4	30,1

Drucksachenaustausch für Buchdrucker-Gesangvereine. Wieder einmal ist an dieser Stelle auf den seit einer Reihe von Jahren bestehenden, von der Liebertafel „Gutenberg von 1877“, Hamburg-Altona, angeregten und durchgeführten Drucksachenaustausch unter unsern Kollegen-Gesangvereinen hingewiesen. Es ist der ausgesprochene Zweck dieser zentralen Einrichtung, unter unsern Kollegen-Gesangvereinen eine engere Verbindung innerhalb der Gesamtorganisation zu schaffen, die ohne nennenswerte materielle Opfer einen Einblick in das Wirken und Schaffen der einzelnen Vereine ermöglicht. Dieser Zweck wird erreicht durch den Austausch von Werben und Jubiläumsschriften, Festbüchern, Konzertprogrammen, Einladungskarten usw. Welchen Umfang die ideale Einrichtung unter den Buchdruckerängeren gefunden hat, geht aus der großen Anzahl der angeschlossenen Kollegen-Gesangvereine und aus diesen anerkennenden Zuschriften hervor. Auch die Buchdruckerhöre von Wien, Zürich, Luzernburg, Prag und Graz sind dem zentralen Drucksachenaustausch angeschlossen. Die Luzernburger Kollegen veranfaßten zu ihrem diesjährigen Johannisfest eine Ausstellung des Drucksachenaustauschs für Buchdrucker-Gesangvereine, die regles Interesse auslöste. Im August ist eine besonders begrüßenswerte „Gutenberg-Sondernummer“ von der

Hamburger Austauschstelle herausgebracht worden, enthaltend eine Ergänzung zu der schon im Jahre 1930 veröffentlichten Zusammenstellung von Buchdrucker-Gesangvereinen, Buchdruckerfestspielen und Buchdruckerprechtören. Alles Nähere über Diebstahl, Preise und Bezugsstellen ist daraus zu ersehen. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß 100 Exemplare von jeder Austauschdruckgabe benötigt werden. Den Austausch betrifft wie früher Kollege Otto Bentzin in Altona a. d. Elbe, Arnoldstraße 66, in selbstloser Weise. In Portugalzukunft werden für deutsche Vereine 1 M. und für ausländische Vereine 1,50 M. erhoben. Eine solch geringe Summe sollte trotz der gegenwärtigen Wirtschaftsnote für jeden Kollegen-Gesangverein noch erfrühlichlich sein zur Aufrechterhaltung des uneigennützig durchgeführten Drucksachenaustauschs für Buchdrucker-Gesangvereine.

Sprachkurse für Groß-Berlin. Anfang September beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfängerkurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen werden besondere Kurse und Oberkurse eingerichtet. Gleichzeitig beginnt ein Kursus für „Einheitskennographie“ sowie „Kritisches Deutsch“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzlehre; Fremdwörterkunde, „mir“ oder „nicht“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Umformung von Aussagen usw. Zur Deckung der Kosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 9 M. erhoben. Erwerbsslose gasten 5 M. Die Lehrmittel werden in allen Kursten unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: C54, Rosenhaller Straße 13 (nahe Stadtbahn Börse und Untergrundbahn Weimelstraße). Das Schulbüro ist werktätig außer Sonntagen von 2 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends geöffnet.

Vom Zeitungskriegshauptplatz. Der „Vorwärts“ ist vom Berliner Parteipräsidenten „verwarnt“ worden. Er hatte vor einigen Tagen unter der Überschrift „Strik zum Recht“ einen Artikel gebracht, der der Regierung ein Messen mit zweierlei Maß zum Vorwurf machte. Der Parteipräsident hat den „Vorwärts“ darauf aufmerksam gemacht, in den Ausführungen des Artikels werde den Mitgliedern der Regierung einseitige Parteiregierung vorgeworfen. Der „Vorwärts“ verstoße gegen die Verbodnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen. Wenn man diesmal von einem Verbot der Zeitung noch absehe, so gesehe das in der Erwartung, daß sie sich fortan größtenteils Zurückhaltung befehle. Bei einem weiteren Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen habe der „Vorwärts“ unanständig mit einem längeren Verbot zu rechnen. — Von dem neuen Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Major Marks, ist dem „Angriff“ wieder eine neue Auflassung zu den tenbenziosen Darstellungen der Nazipresse über die Unterredungen Hitlers mit dem Reichstagspräsidenten und dem Reichspräsidenten zugegangen. Der „Angriff“ mußte diese Nichtigstellung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen auf der ersten Seite mit durchgehender Überschrift „um Abdruck bringen.“ Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die „L. z. b. i. u.“, kommunisistische Tageszeitung für den Bezirk Magdeburg-Anhalt auf drei Tage verboten. Das Verbot erfolgte wegen Ausführungen über die Polizei. — Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat auf Grund der Verbodnung des Reichspräsidenten vom 14. Juli 1932 über politische Ausschreitungen die in Altona herausgegebene „Hamburger Volkszeitung“ auf die Dauer von acht Tagen verboten.

Aufruf des Arbeiter-Radiobundes. Zur Stärkung der Front wertaktiger Rundfunkhörer erließ der Vorstand des Arbeiter-Radiobundes in Berlin, Giskahner Straße 93, folgenden sehr beachtenswerten Aufruf: „Wenige Wochen nationalsozialistischer Einwirkung haben genügt, den Rundfunk zu einem hitzigen Verbodnungsmittel werden zu lassen. Die Nationalsozialisten, die auszuogen, den Rundfunk zum Kulturinstrument zu gestalten, bilden ihn um zur Schmutztribüne. Unter der Freiheitsparole Ausmerzung aller unbedeuten fremden Einflüsse wird der gesamte Rundfunk gegen den Willen der wertaktigen Hörer umorganisiert. Die Vertreter eines reinen Volkswrundes sollen aus den Rundfunkstellen verschwinden. Man will unter sich sein. Kein aufrechter Republikaner, kein Sozialist, kein Gewerkschafter, kein Arbeiterporker, kein Freidenker, kein Arbeiterdiener, kein Arbeiterjäger soll mehr mit eigenen Darbietungen vor das Mikrophon. Das verstehen die Nationalsozialisten unter „Deutsch der Rundfunk!“ Rundfunkhörer, wollt ihr euch das für eure Rundfunkgebühr weiter gefallen lassen? Nein! Aber widde Hörerkreis sind wertlos, daher schließlic und abgulehnen. Die berechtigte Erbitterung der Hörer darf nicht zur unbedachten Abmeldung von Rundfunk führen. Sie muß vielmehr der Stärkung der Front wertaktiger Rundfunkhörer dienen, damit diese den Kampf erfolgreich führen kann gegen Alleinherrschaft der Bürokratie im Rundfunk, für Mitbestimmungsrecht der organisierten Hörerschaft und für eine dem wertaktigen Volk würdige Rundfunkgestaltung!“ Der Aufruf läuft darauf hinaus, Zukunftsentscheidungen von wertaktigen Rundfunkhörern zu den vom Arbeiter-Radiobund im Rahmen der Eisernen Front zu treffenden Kampfmaßnahmen zu erhalten.

Gege überhöhte Fleischpreise im Kleinhandel. Der Reichskommissar für Preisüberwachung und das preußische Finanzministerium haben durch Rundfunk und Presse folgende Warnung bekannt: „Dem Reichskommissar für Preisüberwachung sind zahlreiche Klagen darüber zugegangen, daß im Kleinhandel mit Fleisch in den letzten Wochen zwar nicht überall, aber doch vielfach, Preisserhöhungen vorgenommen seien, die in keinem Verhältnis zu den durch die Einführung der Schlachtfleuer und das Anziehen der Viehpreise entstandenen Mehrkosten stehen. Mit Rücksicht hierauf wird der Reichskommissar für Preisüberwachung eine genaue Nachprüfung der Kleinhandelspreise für Fleisch vornehmen. Auf diese Weise wird die Gewähr dafür geschaffen werden, daß in keinem Falle die durch die Einführung der Schlachtfleuer und die Erhöhung der Viehpreise unvermeidbare Erhöhung der Kleinerkaufspreise für Fleisch von einzelnen Gewerbetreibenden dazu ausgenutzt wird, auch die Verdienste zum Nachteil der Verbraucher zu erhöhen. Im Gegenteil muß er-

wartet werden, daß ein Teil der durch die Schlichtsteuer herbeigeführten Belastung vom Fleischergewerbe übernommen wird. Es ergreift daher an alle beteiligten Gewerbetreibenden die Warnung, von übertriebenen Abstand zu nehmen, da sonst das preußische Finanzministerium sich gezwungen sehen würde, nach bayerischem Muster oder durch ähnliche Maßnahmen die Abwälzung der Steuer zu regulieren. Hoffentlich bleiben nach dieser amtlichen Warnung die entsprechenden Taten aus!

Es knistert im Gebälk des Naglturns. In den letzten Tagen mehren sich die Meldungen aus allen Teilen des Reiches über Zerlegungserscheinungen in der Nazipartei immer härter. Es sei hier einiges aus diesen Meldungen kurz registriert. In Berlin tagte am 17. August eine geschlossene Mitgliederversammlung in den „Kriminellen“, in der sich bei der Aussprache einige Mitglieder zum Wort meldeten und fragten, warum im letzten Rundschreiben (Sektionsheften Nr. 1) einzelne Mitglieder als Lustmische und Saboteure bezeichnet worden seien. Der Veramtlungsleiter, Sektionsführer Vint, entzog den Fragestellern jedoch das Wort und erklärte: „Das geht euch gar nichts an.“ Darauf schlug ein Mitglied vor, daß der Veramtlungsleiter und es entstand ein großer Tumult, so daß der Sektionsführer nach der Polizei rufen ließ. Es erschienen ein Hauptmann und mehrere Beamte, die die Verammlung auflösten. Dem zweiten Sektionsführer Gänzen wurde bei dieser Gelegenheit gleichzeitig vorgeworfen, daß er gesammelte Lebensmittel für die schweren Dienst tuernden SA-Leute vorenthalte; denn bei Nachprüfung der Küche hätten einige Nazileute festgestellt, daß Lebensmittel wie Butter usw. vorhanden waren, obwohl ihnen meistens erklärt wurde, daß nichts mehr da sei. Die betreffenden Mitglieder wollen ein Ansuchenverfahren gegen die Sektionsleitung beantragen. — In Köln richtete der nationalsozialistische Stadtverordnete Mainz, Inhaber einer Gastwirtschaft, des ersten Bezirkslokals der Kölner Nazi, an den Bürgermeister ein Schreiben, in dem er seinen Austritt aus der NSDAP mitteilte. Sein Stadtverordnetenmandat werde er jedoch beibehalten. Mainz war einer der drei Gründer der Nazipartei in Köln. Schon vor einem halben Jahr hatte er an den Kölner Gauleiter Große einen Brief gerichtet, in dem er sagte, daß die nationalsozialistische Bewegung ihren ursprünglichen Sinn verloren habe. Die Maßregeln der Mitglieder bekämen heute aus Bankrottgeuren und andern verkrachten Elementen. In dem Brief war weiter von Korruption die Rede und von Bonzenwirtschaft. Wie weiter aus Köln bekannt wird, wurde durch einen in Westdeutschland Beobachter veröffentlichten SA-Befehl der Sturm 14/25 in Köln, mit sofortiger Wirkung aufgelöst und durch einen noch zu ernennenden Sturmführer neu aufgestellt. Es hat in dem Sturm eine schwere Meuterei gegeben, da Hilters „rauhe Kämpfer“ vergeblich auf die Einlösung des Wertpreises der sofortigen Waffentzueigung durch den Opa warteten. — Schließlich seien hier noch die Beweggründe des Austritts eines führenden Funktionärs aus der Nazipartei angeführt. Dieser, Kurt Grieme mit dem Namen, bisher Kreisleiter der Nazigewerkschaft für den großen Grenzbezirk M i t t e l s t a d t a n b e r g, trat zurück aus, weil er von der Hilters nicht genug hatte. Nach seiner Erklärung ist die NSDAP nichts anderes als ein politisches Propagandainstrument, wie es bei den Nazis heißt, das den Marxismus stürzen muß. Die NSDAP ist ein überholt aufgelegener, aufgeblähter Apparat, in dem sich jeder Arbeiter mit auch nur ein bißchen Ständesitz niemals wohl fühlen wird. Die Bonzen sind rabiate Kleinbürger, die gern kommandieren möchten. Unterträgt war für mich der Befehlston, in dem diese Burschen mit uns Kreisleitern verkehrten. Niemals wurde angefragt, ob sich wohl diese oder jene Maßnahme durchführen lasse. Wir erhielten einfach Anweisungen. Geld, Geld und nochmals Geld hereinholen, das stand in jedem Rundschreiben. Die Fakenkreuzer benutzten offenkundig die NSDAP, um harmlosen Arbeitern zuerst das Geld aus der Tasche zu ziehen und sie dann hinterdrein an die Großgrundbesitzer zu verkaufen. Schließlich etzte mich das an. Die Art und Weise, wie der Arbeiter in der nationalsozialistischen Bewegung behandelt wird, empfand ich geradezu als beleidigend. In der Partei, die sich vorwiegend aus Bürgerlichen zusammensetzt, sieht man den Proletarier nur ungerne. Der Arbeiter ist nur Nationalsozialist zweiter Klasse. Nicht einmal die Führer der NSDAP, halten zu ihm. Sie bilden mit den feineren Berufenen ihre besonderen Ämgen und Zirkel, zu denen der Prolet natürlich nicht zugehoren wird. In der NSDAP blüht das alte Honoratiorenunwesen nach deutschnationalem Muster. Wenn Hilter sein Programm durchzuführen will, wird er zuerst mit seinen Bonzen, die mit den ehemals deutschnationalen Freikämpfern und Großagrariern vermischt und verpöppelt sind, räumen müssen. Ich habe dem Nationalsozialismus den Rücken gekehrt, als ich bemerkte, daß diese Bewegung ja längst ihre idealen Schwung verloren hat. Es wimmelt in der NSDAP, heute geradezu von Postenjägen, und diese Burschen sind dazu gewöhntlich die übelsten Schreier. Ich habe Leute in Menge kennengelernt, die nur zur Partei

gestoßen sind, weil sie glauben, schon in Wäde ein erträgliches Pöfchen bei der Arbeitsdienstpflicht ergattern zu können. Wenn die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht erhalten sollten, werden wir wahrheitsgemäß erst richtig erleben, was Bonzentum heißt.“ So urteilt ein Mann, der noch vor wenigen Tagen Funktionär in der Nazipartei war. Er wird nicht der letzte sein, der dieser Partei den Rücken kehrt. Unzählige werden ihm folgen, wenn sie erst das unehrliche Spiel ihres „Führers“ und seiner Kumpane durchschauen, die versprechen, alle Not vom deutschen Volk abzuwenden. Aber sie vermögen ihr Wort nicht einzuhalten. Trotz aller Freiheitsfuge und Siegesfanfare ist ihre innerliche Unfähigkeit gegenwärtig größer denn je.

Sportfexerei. Bei einem Schwimmfest in Paris unter dem Vorhild des ehemaligen Ministerpräsidenten Laval wurde im Seehafen ein kleines Krolodil von 50 cm Länge losgelassen. Um das Untertun sofort wieder einzufangen, standen mehrere hundert Schwimmer bereit. Nach zweifundigem Schwimmen und Tauchen aber blieb die Jagd auf das Krolodil völlig vergeblich. Es ist nur ein magerer Trost für die Veranstalter des Schilbüberfretreids, daß das Tier erst in 20 Jahren so weit erwachsen sein wird, um zum Menschenfresser zu werden.

Kleine politische Zeitnotizen. Nach einer Rücksprache mit dem Reichsanzler v. Papen hat Reichstagspräsident Lötze die erste Sitzung des neu gewählten Reichstags auf den 30. August einberufen. — Der Preußische Landtag ist auf den 1. September einberufen worden. Es werden die Anträge, die im Zusammenhang mit der Bestellung des Reichstommmissars in Preußen stehen, sowie die großen Anfragen und Anträge wegen der Gewalttaten und Ausschreitungen und der Antrag auf Auflösung der SA-Formationen beraten. Die Wahl des Ministerpräsidenten steht nicht auf der Tagesordnung. — Wie amtlich gemeldet wurde, haben die Verhandlungen zwischen dem Reichskabinet und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Lutzer über die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms zu einer vollen Einigung geführt. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Papen einbringen sowie eine Reihe von Gesetzentwürfen von größter Bedeutung. Die Fraktion legt ferner ein großzügiges Arbeitsprogramm vor. Sie fordert eine Rückgangsmachung des Sozialabbauers, der durch die Notverordnung von Papen eingetreten ist, eine Verstaatlichung der Schwerindustrie und der Großbanken, eine Winterhilfe für die notleidenden Massen und zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen eine höhere Belastung der Besitzenden. — Im spanischen Parlament wurde am 19. August eine Vorlage angenommen, in der über den Grundbesitz der am monarchischen Putsch direkt oder indirekt beteiligten Personen die Konfiskation verhängt wird. Die auf Grund dieses Gesetzes enteigneten landwirtschaftlichen Güter sollen ausschließlich Zwecken der Agrarreform zugeführt werden. — Gegen die erfolgte Annahme des Launener Abkommens durch den österreichischen Nationalrat (Reichstag) hat der Bundesrat (Reichsrat) Einspruch erhoben. Die Vorlage geht nunmehr an den Nationalrat zurück.

Verstorbene Eingänge

Der graphische Betrieb. Monatsheft für Maschinenbau, Werkzeugmaschinenbau und Verzugskunde, herausgegeben vom Verlagsverein der Deutschen Buchdrucker, 48 Berlin, Heft 8 vom 15. August 1932. Die Nummer allen künftigen Fortschritten, die der heutige Zeit nützen und ihre Ideen zur Anwendung innerer Freiheit in die Tat umsetzen zu können. Das graphische Gewerbe dieser Zeit hat den Sieg der älteren Verfahren materiell am meisten zu erdulden haben. Aber nicht nur aus materiellen Gründen, aus rein seelischen Gründen aber verdrängt es sich, die einstmaligen Fähigkeiten gegen dieses Regiment der Reaktion zu wenden. Auch der graphische Betrieb, gibt diesen Gedanken an den vorliegenden Zeit Ausdruck, bevor er — wie üblich — zur Behandlung der technischen Fragen kommt. Der Prater findet wieder reiche Anregung. 1. über die Verfertigung des Bleies und des Federstahls, über das Arbeiten mit Bronzebronze oder Zinnblechen und den Druck auf Metallfolien, über die Gestaltung des Druckliniendruckes an Schnellpressen und Rotationsmaschinen. Das Ausführenscheitern an der Unterseite, die Verfertigung zum Bestellen der Säge mit Verfertigung werden dem in der Praxis stehenden Maschinenbauer nahe gebracht. Einleitende Berechnungen über die vorrühlichste Belastung der Schneidmesser in der Stereotypie folgen. Es wird weiter berichtet über die Verfertigung einwandfreier runderer Maschinen und über die einfindigen Methoden der Unterdrückung der Räder in der Galvanoplastik. Galvanoplastik, Stereotypie, Federbau, Sechsmaschinenteile aller Systeme, Meßmaschinenbau, Deutsche, Papier und drucktechnische Fragen werden in der bekannten feinen Volkmann von allen Seiten beleuchtet. Der „Mischler“ macht dem Anstatter auf eine Eigenheit bei Kleinbildaufnahmen aufmerksam, die bisher unbeachtet blieb und daher zu manderlei Bekanntheiten führte. Auch zur kommenden Mobilfunkern am 14. September 1932 werden dem Abhänger der Halbscheit, und weiter wird er auf die bevorstehende Einführung eines neuen Dreifachvertrusses aufmerksam gemacht. Die telegraphische Fernschiff- und Fernverkehrsrichtung. Unter diesem Titel erschien ein Prospekt der Fernrappe-Sehmaschinen (G. m. b. H., Berlin SW 11, Europaallee, am Anhalter Bahnhof), der auf Wunsch an Interessenten gern abgegeben wird. In sehr inkonkreter Art wird in diesem Prospekt die neuartige Apparatur der Unterseite technisch beschrieben, so daß jeder Interessent über den Arbeitsvorgang der wichtigen technischen Neuerungen ins richtige Bild gesetzt wird.

Briefkasten

C. M. in M.: Nachnahme ist schon in Nr. 53 an dieser Stelle begründet worden. — B. F. in W.-G.: Die erste Frage ist durch den ausländischen Gauvorstand zu prüfen, weshalb das Schreiben dem letzten überhand wurde. Die zweite Frage ist in der betreffenden Wala zur Genüge geklärt. 2. Die Entlassung kann in gerichtlichen Streitfällen weitestente Dienste leisten. — H. J. und Genossen aus Wiesbaden: Für freundliche Grüße aus Jüngernd und für das rechtlich besten Dank und Gegenrück. — W. B. in R.: Anl. 56: 7,35 Pf.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1101, 3141 bis 3145, Hauptamt: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, W. B. Berlin S 14, Ballhofstraße 65, Postfachkonto Berlin Nr. 1028 87 (S. Edelwitz).

Acht auf eure Verbandsbücher

Es mehren sich die Fälle, daß auf der Reise befindliche Mitglieder ihre Verbandsbücher verlieren. Bezeichnenderweise geht nur immer das Verbandsbuch verloren, nicht aber die Ausweisarte der Inhaberverversicherung, des Arbeitsamts oder der Waf. Die letztgenannten Papiere sind nicht so leicht zu ersetzen, und ihre Wiederbeschaffung ist mit Geldkosten verknüpft. Die Sorglosigkeit beim Abhandeln der Bücher und das Unterlassen ernsthafter Bemühungen zu ihrer Wiedererlangung lassen die Verantwortung aufkommen, daß ein Teil der Bücher mit Verlust verloren wird, damit unangenehme Eintragungen veranschaulicht.

Wir bringen deshalb in Erinnerung, daß auf der Reise befindliche Mitglieder, die ihr Verbandsbuch verloren haben, sich zwecks Ausstellung eines Ersatzbuches an die Gau-, Bezirks- oder Ortsverwaltung wenden müssen, die in dem Verlust geratenen Buch die letzten Beiträge quittiert hat. Bestehen Zweifel über die Anzahl der bezogenen Unterfertigungstage, so sind diese bei dem Reiseleiter zu erfragen, der die letzte Reiselegitimation ausgestellt hat oder — wenn Aussteuerung vorliegt — beim Verbandsvorstand zu erfragen.

Wir bitten die Funktionäre, diese Vorschrift streng zu beachten und alle Anträge auf Ausstellung von Ersatzbüchern abzuweisen, wenn sie dafür nicht zuständig sind. Den Reisenden, die so unerantwortlich leichtfertig mit dem wichtigsten Reisepapier umgehen, darf keine Heimeligkeit über den Verlust des Buches und ihre Verbandsmitgliederschaft ausgestellt werden. Jeder Reisende hat auf sein Verbandsbuch zu achten und bei dessen Verlust die Folgen zu tragen, die darin bestehen, daß er bis zur Beschaffung eines Ersatzbuches keinerlei Unterstützung erfährt oder ihm ein solches überhaupt vorenthalten wird.

Die Funktionäre werden ersucht, die reisenden Kollegen auf diese Bestimmungen hinzuweisen.

Der Verbandsvorstand.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einsendungen innerhalb 14 Tagen an die betagte Adresse): Im Gau Mittelrhein der Maschinenbauer in a n u t W e b e r, geb. in Gerolstein (Wald), 1013, ansäss. in Krefeld, war noch nicht Mitglied. — Hr. Conrad in Mannheim, P. 4, 4/5.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Mülheim a. d. Ruhr. Infolge der schlechten finanziellen Lage kann eine Anzahlbücherna an Durchreisende einwirken nicht mehr gewährt werden. Nordhausen. Kollege Reimund Merwirth aus Dorra und wird hiermit zum letztenmal aufgefordert, seinen Vorschuss von 10 M., den er vom hiesigen Reiseleiter erhalten hat, am 24. Juni 1932 erhalten hat, an diesen zurückzahlen.

Stettin. Der Gebet Werner Kalkendorf, Straßend (Gaubuchnummer 126 008), hat keine Reaktivierung auf der Seite Straßend in Mülheim verloren. Sollte dieselbe vorgezogen werden, ist dieselbe abzunehmen und zu berücksichtigen. Die Funktionäre werden gebeten, hierauf zu achten.

Veramtlungstabelle

Dresden. Korrespondentenversammlung am Sonntag, den 27. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Zimmer 4, Schützenplatz. Langenlisa. Versammlung am Sonntag, den 27. August, im Gewerkschaftshaus „Zum Helfeneller“. Hildesheim. Versammlung am Donnerstag, den 25. August, abends 8 Uhr, im kleinen Saal der „Mithras“.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 68

(24. August 1932) Artikel: Berufliche Fortbildung und Umschulung. — Reichsarbeiterium für Wirtschaftlichkeit. — Das Gewerkschaftswesen: Aufsicht. — Die „Volkshilfsorga“. — Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaften. — Korrespondenzen: Bremen. — Gießen (M.-S.). — Halle a. d. S. — Kolberg (M.-S.). — Ludwigsfelde a. M. — Mühlhausen: Zur Wirtschaftslage im graphischen Gewerbe. — Druckmaschinenbau für Buchdruckergelagene. — Spandauer für Groß-Berlin. — Vom Zeitungsgewerkschaftswesen. — Aufsicht des Arbeiter-Radiobundes. — Gegen übertriebene Preispressen im Kleinhandel. — Es knistert im Gebälk des Naglturns. — Sportfexerei. — Kleine politische Zeitnotizen.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 30 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag, früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigengabungen für den „Korrespondent“ möglich nur durch Einschaltung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Unfälle meines Opa... Verlage des Bildungsverbandes der D. S., EmbG., Berlin SW 61.

Diplome, Fahnen, Geimit u. Festartikel... Verlage des Bildungsverbandes der D. S., EmbG., Berlin SW 61.

Werkzeugkasten... Friedrich Ströh im Alter von 65 Jahren.

Kleisterstopf... Arno Simon aus Wormb, im 21. Lebensjahre.

Am 20. August verstarb... August Hoffmann aus Mannheim, im Alter von 78 Jahren.

Unser lieber Kollege und langjähriger Ortskassierer... Robert Meerwald

Verlag: Kreuzverwalterung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 + Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Riel Helmholz, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Annahmeschluss für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 + Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 1101, 3141-3145 + Druck: Buchdruckwerkstätte, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5